



Verband  
Region Stuttgart

SPD-Regionalfraktion · Kronenstraße 25 · 70174 Stuttgart

An die Presse  
in der Region Stuttgart

**SPD-Regionalfraktion**

Kronenstraße 25  
70174 Stuttgart

Telefon: 0711 - 299 14 95

Telefax: 0711 - 299 14 96

E-mail: [spd@region-stuttgart.org](mailto:spd@region-stuttgart.org)

Homepage: [www.spd-region-stuttgart.de](http://www.spd-region-stuttgart.de)

Stuttgart, 20. Juli 2011

Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden Harald Raß zu Tagesordnungspunkt 4 Europa und die Region Stuttgart (Vorlage 46/2011)

Regionalversammlung am 20.07.2011

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Anrede

In diesen Wochen ist die Verführung natürlich groß, nicht nur über die Europaarbeit der Region, sondern auch über den Zustand der EU, ihre tatsächlichen oder bei näherem Hinsehen nur vermeintlichen strukturellen und demokratischen Defizite, über „Griechenland“ und den Euro zu sprechen.

Schließlich waren es ja nicht nur Einzelstimmen, die populistischen Versuchungen erlegen sind, sondern einer der deutschen Großintellektuellen, Hans-Magnus Enzensberger, hat sich in einer aktuellen Schrift mit dem „Sanften Monster Brüssel“ in die Reihe der Europaskeptiker begeben. Europa beschimpfen kann allerdings nur der, der meint, Europa nicht zu brauchen.

Das Bild sich ja durchaus differenziert dar:

Euroskeptiker (damit ist dann in aller Regel unsere gemeinsame Währung gemeint, wobei die Einsicht umgangen wird, dass es eher von Finanzmärkten, Nationalstaaten oder Volkswirtschaften auch hausgemachte Probleme sind, die den EURO in die Diskussion gebracht haben)

und Europaskeptiker, die sich über die überbordende Bürokratie und die Regelungswut „Brüssels“ ereifern. Beide erfreuen sich zwar einiger medialer Aufmerksamkeit, haben aber bei näherem Hinsehen keine ernstzunehmende Alternative aufzubieten. Es ist ein wenig wie bei Sarrazin.

Aber:

Im Ergebnis werden sicher geglaubte Wahrheiten zunehmend mürbe und verlieren ihre Attraktivität und dann ihre Substanz. Das ist das eigentliche Problem.

In einem Kommentar zu Enzensbergers Schrift (Süddeutsche Zeitung vom 6.6.11) wird darauf hingewiesen, dass die EU eben nicht nur für Handels- und Reisefreiheit in Europa sorgen muss, sondern auch für annähernd vergleichbare Lebensverhältnisse.

Die Europaarbeit der Region, nicht Europapolitik, ist von drei Faktoren abhängig:

1. Kohäsionspolitik der EU und die damit verbundene finanzielle Ausstattung des Kohäsionsfonds, vor allem des
2. Umsetzung der Förderprogramme im Land, also die landespolitischen Ziele
3. Organisation und Schwerpunkte der Europaarbeit in der Region

Kohäsionspolitik dient ja nicht der reinen Umverteilung, sondern ist eine zentrale Säule bei der europäischen Entwicklung: ökonomisch, sozial und ökologisch.

Bei der Fortschreibung der sog. Kohäsionspolitik, also der Verbesserung des Zusammenhalts innerhalb der EU sollen, so zumindest gibt es wohl Anzeichen, in der nächsten Förderperiode von 2014 – 2020 die Kommunen und Regionen stärker in die europäische Strukturpolitik einbezogen werden. Der Regionalentwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments hat in diesem Sinne die ersten Weichen für die EU-Strukturförderpolitik nach 2013 gestellt und auch für den Stellenwert der Metropolregionen sensibilisiert.

Ob und wie dies umgesetzt wird, muss man sehen. Dass die Region dabei ist, wenn es darum geht, die Förderpolitik inhaltlich in Diskussionsprozessen mit zu gestalten und z.B. durch METREX sich aktiv zu beteiligen, ist ein wichtiger Baustein.

Die neue Landesregierung will die Transparenz bei der Fördermittelvergabe erhöhen und durch vermehrten Einsatz von Globalzuschüssen auch die Bürokratie abbauen. Interessant für

die Region dürfte auch werden, inwieweit lokale und regionale Akteure, Umweltverbände, Sozialpartner u.a. in die Programme einbezogen werden. Zumindest sind dies die Absichten, die im Koalitionsvertrag formuliert wurden.

„Europaarbeit funktioniert nur mit Partnern“ heißt es in der Vorlage. (In etwas anderem Zusammenhang, aber dennoch zutreffend)

Die „Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union“ wurde ausgebaut. (Auf das entsprechende Gesetz kann ich nur verweisen.)

Auf die Region übertragen, heißt dies aus unserer Sicht, dass die Europaarbeit stärker als bisher in die Regionalversammlung und den zuständigen Ausschuss hineingetragen und dort beraten werden sollte. Dabei sollte auch die Verzahnung zwischen der Geschäftsstelle und der WRS deutlich heraus gearbeitet werden.

Es ist keine Frage, dass die Verwaltung und die WRS hier hervorragende Arbeit leisten, aber es ist auch erforderlich, dass die Distanz zwischen der operativen Ebene und der gewählten Vertretung verringert werden sollte. Dies könnte und sollte im Ergebnis –und Idealfall - auch dazu führen, dass die Regionsbürger neben „Tagesschau“ und „heute journal“ mehr und Greifbares über Europa erfahren und „Kohäsion“ eben mehr als ein kaum verständliches Fremdwort wird.

Wir organisieren die Europaarbeit auf zwei Ebenen:

Da ist zum einen die Verbandsverwaltung und auf der anderen Seite die Wirtschaftsförderung, die auch das Europabüro betreibt.

Projekte werden sowohl von der Geschäftsstelle als auch der WRS – in der Regel in Gemeinschaftsarbeit betrieben, koordiniert, finanziert und umgesetzt.

Dies ist natürlich ein zentraler Punkt bei der Europaarbeit: Wir müssen die Kommunen einbeziehen. Gerade für kleinere Kommunen, die ja von „Europa“ in weiten Bereichen direkt oder indirekt betroffen werden, ist die Region ein unverzichtbarer Partner. Die Mühen der Ebenen sind gefragt. Dies mindert andererseits nicht die sinnvolle Zusammenarbeit mit Innovations- und Kompetenzzentren, Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Die Schwerpunktthemen sind

- Europäisches Standortmarketing
- Europäische Förderprojekte
- Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen und
- das Europabüro in Brüssel

Zumindest für die drei der vier Schwerpunktthemen gibt es kaum messbare Größen, viel spielt sich dabei im informellen Bereich, in Netzwerken, in projektorientierten, auch zeitlich begrenzten Kooperationen ab. Das ist so und wird wohl auch so bleiben. Dies soll nicht als grundsätzliche Kritik verstanden werden, aber von den Regionsbürgern wird davon wenig wahrgenommen und vor allem nicht in das Europabild einbezogen. Und: Leider trägt dazu auch die „Europasprache“ bei, die vielen, auch Interessierten und Engagierten einiges abverlangt. Und einige Kostproben davon werden ja nicht nur, aber auch, in der heutigen Vorlage, angeboten.

Eine Erfolgsgeschichte, inhaltlich wie materiell sind die vielfältigen Projekte, die von der Region angestoßen wurden oder an denen wir aktiv beteiligt sind. Bei der Auswahl der Förderprojekte kommt es ja nicht nur darauf an, wofür in Brüssel Fördermittel bereit gestellt werden, sondern vor allem darauf, ob diese Projekte in die Leitthemen der Region wie Regionalplanung, Regionalverkehrsplanung, nachhaltige Mobilität, Klimawandel, demografischer Wandel integriert werden können. Und auch deshalb ist es sinnvoll, dass gerade von den Regionen aktiv und legitimerweise Einfluss genommen wird.

Auf diesem Wege sollen und wollen wir weiter gehen. Die Unterstützung unserer Fraktion dabei haben sie, Verband und WRS.

Nach 10 Jahren Europaarbeit wird heute eine Bilanz dessen gezogen, was in den Zielen 2001 formuliert wurde. Dazu gehört auch, all denen den Dank unserer Fraktion auszusprechen, die sich in diesem schwierigen Umfeld Brüssel bewegen mussten, namentlich Frau Schreiber, die mit Ablauf des Jahres aus dem Amt scheidet. Es war für Sie, und bleibt für den Verband eine sicher anspruchsvolle, aber auch dankbare Aufgabe.

Im Fazit der heutigen Vorlage heißt es sinngemäß:

Die Region ist in Europa gut angekommen. Dies gilt es zu nutzen und den Wettbewerbsvorteil durch die Europaarbeit weiter auszubauen.

Und als Schlussbemerkung:

Europa und auch die Europaarbeit der Region gleicht immer einem Fahrradfahrer: Wenn er nicht in die Pedale tritt, fällt er um. Und das kann niemand wollen.